RATSTICKER 2025

CDU
RATSFRAKTION GÖTTINGEN

Stark für Göttingen!

Ein Bericht über die Arbeit im Rat

Hannes Hasper

Verantwortung für Göttingen

Liebe Leserinnen und Leser, gemeinsam mit SPD und FDP stellten wir bislang das Göttinger Haushaltsbündnis. Dieses Bündnis war die Grundlage dafür, dass wir an allen richtungsweisenden Entscheidungen beteiligt waren und Verantwortung für die Zukunft Göttingens übernehmen konnten. Insbesondere in Zeiten knapper Kassen ist das Regieren eine Herausforderung – und alles andere als vergnügungssteuerpflichtig. Als Fraktionsvorsitzender der CDU im Rat der Stadt Göttingen sehe ich es jedoch als unsere Pflicht an, Sie mit klarem Verstand und besonnenen Entscheidungen durch diese Zeiten zu führen.

Nach fast zwanzig Jahren Opposition haben die Bürgerinnen und Bürger Göttingens uns als CDU den Auftrag erteilt, die Herausforderungen unserer Stadt nicht länger nur von der Seitenlinie zu kommentieren, sondern aktiv mitzugestalten. Diesen Auftrag nehmen wir ernst – verbunden mit großen Chancen und Verpflichtungen.

Für die Möglichkeit, durch Ihr Vertrauen wieder Verantwortung in Göttingen zu tragen, sage ich ausdrücklich Danke. Mein Dank gilt ebenso meinem Fraktionsteam, durch dessen unermüdlichen Einsatz der ehrenamtliche Politikbetrieb neben Familie und Beruf überhaupt erst möglich ist. Die finanzielle Lage der Stadt Göttingen ist weiterhin schwierig. Bei den Haushaltsberatungen 2025/26 haben wir als CDU-Fraktion Verantwortung übernommen und gemeinsam mit SPD und FDP ein Haushaltssicherungskonzept erarbeitet, um das damals erwartete Defizit von über 50 Millionen Euro deutlich zu verringern.

Gemeinsam haben wir Maßnahmen beschlossen, die vor allem Einsparungen in der Stadtverwaltung vorsehen. Uns war wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht zusätzlich belastet werden. Deshalb konnten wir sowohl die Einführung der Verpackungssteuer als auch die der Bettensteuer verhindern. Auch in wichtigen Bereichen wie Schule, Jugend und Umwelt konnten wir Kürzungen vermeiden.

Im Laufe des Jahres hat sich jedoch gezeigt, dass das Defizit nicht – wie zunächst angenommen – 50 Millionen Euro, sondern 92 Millionen Euro betragen wird. Ein zentraler Punkt des Sicherungskonzepts war die Rückgabe des Jobcenters an den Landkreis. Damit hätten knapp sechs Millionen Euro eingespart werden können. Leider wurde dieser Schritt in der Sondersitzung des Rates im Oktober nicht beschlossen,

Politik bedeutet nicht, schwierige Entscheidungen zu vermeiden, sondern sie mit klarem Verstand und im Sinne des Gemeinwohls zu treffen.

Olaf Feuerstein, Fraktionsvorsitzender

weil sich die SPD gegen die zuvor gemeinsam vereinbarten Maßnahmen und gegen die Empfehlung der Oberbürgermeisterin gestellt hat.

Die damit deutlich gewordenen Differenzen zwischen uns und der SPD hinsichtlich der Konsolidierung des städtischen Haushalts haben dem Haushaltsbündnis die Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit entzogen und zu unserer Entscheidung geführt, das Bündnis aufzukündigen. Aus Verantwortung für Göttingen ist die konsequente Einhaltung des Haushaltssicherungskonzepts zwingend erforderlich. Mit einem von uns eingebrachten Antrag zur temporären Aussetzung von Investitionsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Haushaltssicherungsmaßnahmen setzen wir unseren Sparkurs fort. Wir sind froh, dass eine Mehrheit des Rates zumindest der Beratung dieses Antrags zugestimmt hat und damit der Weg zu echten Einsparungen eröffnet wurde. Uns ist wichtig, dass nun zuerst eigene Aufgaben und Ausgaben der Stadt kritisch geprüft werden, bevor man die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse bittet.

Natürlich sind nicht alle Entscheidungen leichtgefallen. Doch wir haben gezeigt: Verantwortungsvolle Politik bedeutet, schwierigen Entscheidungen nicht aus dem Weg zu gehen, sondern sie im Sinne des Gemeinwohls zu treffen.
Mit Blick nach vorne wissen wir, dass das Jahr der Kommunalwahl nicht nur von Herausforderungen, sondern auch von Chancen geprägt sein wird. Wir möchten das Vertrauen, das Sie uns geschenkt haben, weiter rechtfertigen – indem wir unsere Stadt zukunftsfest aufstellen, Investitionen mit Augenmaß tätigen und dabei stets die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellen. Als CDU wollen wir auch in den kommenden Monaten daran arbeiten, Göttingen handlungsfähig zu halten und die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung zu legen.

Ich wünsche Ihnen nun viel Freude mit unserer diesjährigen Ausgabe des Ratstickers, mit dem wir Ihnen einen Einblick in einige der wichtigsten Themen unserer kommunalpolitischen Arbeit aus dem Jahr 2025 geben.

Ihr
Olaf Feuerstein

Benedict Eberwien

Kulturelle Vielfalt sichern

Die kulturelle Vielfalt in Göttingen ist ein prägendes Merkmal der Stadt – sie verbindet Menschen, schafft Freiräume und fördert Kreativität und Toleranz. Im Jahr 2025 wurde jedoch deutlich, wie fragil diese Vielfalt sein kann, wenn sich Rahmenbedingungen verschieben und die finanzielle Basis ins Wanken gerät. Für uns als CDU-Ratsfraktion war klar: Kultur darf nicht kaputtgespart werden. Sie braucht verlässliche Förderungen und intakte Wirkungsstätten.

Mit dem neuen Dialogformat „Göttinger Stadtgespräche“ hat die CDU-Ratsfraktion gezeigt, dass sie aktuelle Herausforderungen aktiv aufgreift. Beim Auftakt am 6. März 2025 stand die Kultur im Mittelpunkt. Gemeinsam mit nahezu allen Kulturinstitutionen der Stadt diskutierten wir zentrale Themen – etwa die hohen Mietkosten der sanierten Stadthalle. Damit konnten wichtige Impulse für Verbesserungen gesetzt werden.

Aufgrund der angespannten Haushaltslage wurden die Zuschüsse für die Kostensteigerungen des Deutschen Theaters und des Göttinger Symphonieorchesters im Doppelhaushalt 2025/2026 ausgesetzt. Spätestens ab 2027 drohen massive Einschnitte, da Rücklagen aufgebraucht sein werden und steigende Kosten nicht mehr kompensiert werden können. Als CDU-Ratsfraktion bekennen wir uns klar zum Deutschen Theater und zum Göttinger Symphonieorchester – beides unverzichtbare Standortfaktoren, die das kulturelle Profil unserer Universitätsstadt prägen. Gerade in dieser Zeit sind sie wichtige Orte kultureller Begegnung und des demokratischen Austauschs.

Die finanzielle Notsituation des Deutschen Theaters und des Göttinger Symphonieorchesters sowie die Kritik an den hohen Mietkosten der sanierten Stadthalle haben uns motiviert, für die Ratssitzung im Juni drei Anträge zur Stärkung der kulturellen Infrastruktur einzubringen. Mit dem Antrag „Zukunft des Göttinger Symphonieorchesters sichern“ setzten wir uns für eine anteilige Erhöhung der jährlichen Zuschüsse ab 2027

Kultur ist das Herz unserer Stadt. Deutsches Theater und Göttinger Symphonieorchester zu sichern heißt, Göttingens Identität und Vielfalt zu bewahren.

Wibke Güntzler, stellv. Fraktionsvorsitzende und kulturpolitische Sprecherin

entsprechend gestiegener Kosten und Tarifsteigerungen ein und forderten zugleich ein langfristiges Finanzierungskonzept, das gemeinsam mit der Stadt, dem Landkreis Göttingen, dem Land Niedersachsen und dem Förderverein entwickelt werden soll. Mit dem Antrag „Auskömmliche Finanzierung für das Deutsche Theater“ verlangten wir, dass Stadt, Landkreis und Land ab 2027 die Tarifsteigerungen entsprechend ihrer bisherigen Förderanteile übernehmen. Und schließlich forderten wir mit dem Antrag „Eine Stadthalle für alle Göttinger“ die Erarbeitung einer unbürokratischen Förderrichtlinie, die insbesondere lokalen Kultureinrichtungen eine vergünstigte Nutzung der Stadthalle ermöglicht – damit Konzerte, Festivals, Lesungen oder auch Abi-Bälle weiterhin in Göttingen stattfinden können.

Die Diskussionen der vergangenen Monate haben eindrücklich gezeigt: Die kulturelle Vielfalt Göttingens ist gefährdet. Sie braucht jetzt politische Klarheit und aktive Gestaltung – insbesondere dann, wenn Kultureinrichtungen wie das Deutsche Theater und das Göttinger Symphonieorchester in ihrer Existenz und Planungssicherheit bedroht sind. Als CDU haben wir unsere kulturpolitische Verantwortung sehr ernst genommen.

Umso mehr freuen wir uns, dass unsere Anträge „Auskömmliche Finanzierung für das Deutsche Theater“ und „Zukunft des Göttinger Symphonieorchesters sichern“ nach der Überweisung in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft mit der Beschlussvorlage in der Ratssitzung im September mehrheitlich angenommen wurden. Damit ist es uns gelungen, nicht nur die Fördermittel für die Jahre 2027–2029 zu erhöhen, sondern auch die Übernahme der anteiligen Tariferhöhungen durch Stadt, Landkreis und Land Niedersachsen auf den Weg zu bringen.

Hannes Hasper

Hannes Hasper

Die Entscheidung im Rat ist ein starkes Signal – doch sie reicht nicht aus. Auch künftig brauchen wir ein klares Bekenntnis der Landesregierung zur Kultur in Göttingen. Nur gemeinsam mit dem Land können wir sicherstellen, dass die Kultur in Göttingen auch für kommende Generationen so vielfältig bleibt!

Schulpolitische Entwicklungen

Im Oktober wurde ein neues Rahmenkonzept für die Ganztagsbetreuung an den Göttinger Grundschulen beschlossen. Dieses sieht vor, den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung bereits ab dem Schuljahr 2026/2027 für alle Grundschulkinder umzusetzen und qualitativ hochwertige Betreuungsangebote sicherzustellen.

Nachdem das zunächst von der Verwaltung eingebrachte Konzept auf heftige Kritik von Eltern und Schulleitungen gestoßen war, ist es uns gelungen, viele Bedenken und Wünsche aufzunehmen. Das nun vorliegende und beschlossene Rahmenkonzept ermöglicht allen Beteiligten Planungssicherheit. Es gibt den einzelnen Grundschulen Zeit, gemeinsam mit den Trägern standortspezifische, schuleigene Konzepte für eine gute Ganztagsbetreuung zu entwickeln. Uns ist es wichtig, dass jeder Schulvorstand frei über das jeweilige Konzept abstimmen kann.

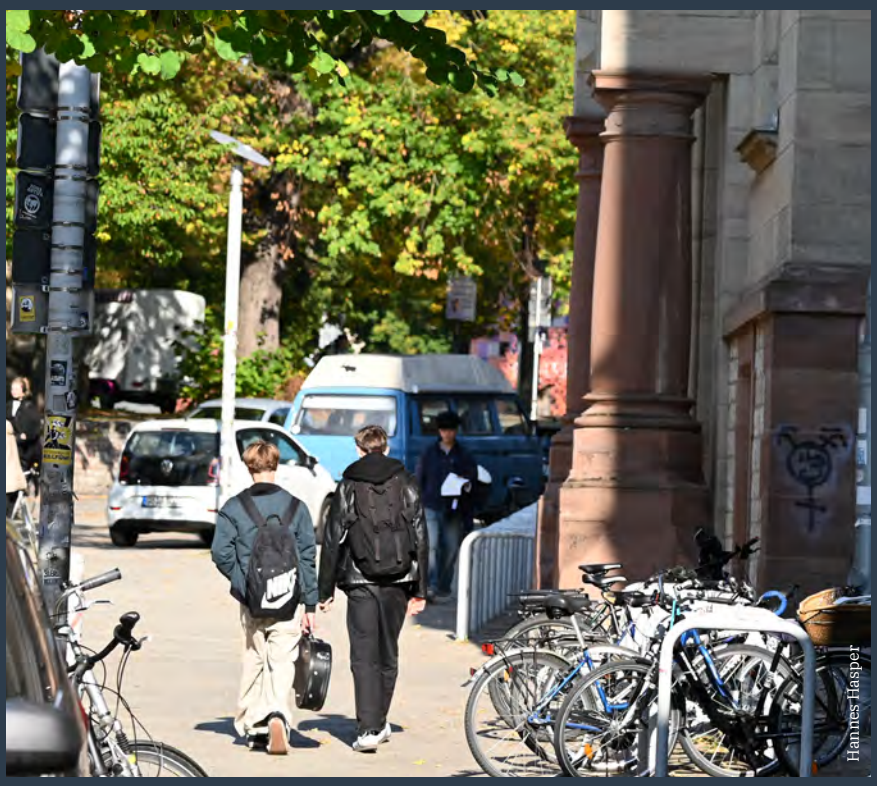
Trotz unserer angespannten Haushaltssituation sehen wir es als notwendig an, die Grundschulen bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf acht Stunden Ganztagsbetreuung zu unterstützen. Wir erwarten jedoch künftig eine bessere Finanzierung durch Landes- und Bundesmittel.

Die schulpolitische Diskussion in Göttingen hat 2025 neuen Auftrieb erhalten: Eine Elternbefragung an den Göttinger Grundschulen hat ergeben, dass sich viele Familien den Ausbau des Schulangebots wünschen – insbesondere durch die Gründung einer neuen Oberschule zum Schuljahr 2026/2027 mit stark berufsorientiertem Profil. Diese soll dringend benötigte Schulplätze schaffen und Jugendlichen einen praxisnahen Bildungsweg eröffnen.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen deutlich: Viele Eltern wünschen sich für ihre Kinder eine Schulform, die stärker auf praktische Fähigkeiten und berufliche Orientierung setzt. Eine solche Oberschule soll eine echte Alternative zu Gymnasien und Gesamtschulen bieten und zugleich mehr Wahlfreiheit für Eltern und Kinder schaffen.

Der Fokus liegt auf einer praxisnahen Ausbildung, die den Schülerinnen und Schülern den Übergang in eine Berufsausbildung oder weiterführende Bildungsgänge erleichtert. Geplant ist eine enge Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen und Ausbildungsbetrieben, um Jugendlichen konkrete Einblicke in Berufsfelder und Perspektiven zu ermöglichen.

Hannes Hasper



Wir wollen eine Schullandschaft in Göttingen, die jedes Kind erreicht, die Vielfalt ermöglicht und echte Zukunftschancen eröffnet.

Karin Limbach, Mitglied des Schulausschusses

Die CDU-Fraktion setzt sich mit ihrer Vorsitzenden im Schulausschuss, Wibke Güntzler, sowie mit Karin Limbach bereits seit 2017 für die Einführung einer Oberschule ein. Selbst mit der geplanten Erweiterung der Bonifatiusschule II bliebe die Versorgungslage angespannt – insbesondere im Hinblick auf die steigenden Schülerzahlen. Auch die deutliche Lücke im Bereich der berufsorientierten Bildung kann nun durch eine neue Oberschule geschlossen werden. Während andere Fraktionen vor allem auf den Ausbau der Gesamtschulplätze setzen, sieht die CDU in einer weiteren Schulform die Möglichkeit, das Schulsystem vielfältiger und chancengerechter zu gestalten.

Die Anzahl der Kinder, die nicht die Voraussetzungen für eine schnelle und gute Integration mitbringen, steigt an manchen Schulen in unserer Stadt gravierend. Fehlende Deutschkenntnisse und soziale Kompetenzen beeinträchtigen den Unterricht erheblich und belasten das Lehrpersonal sowie die Schulgemeinschaft. Hinzu kommt die steigende Anzahl an Kindern mit Förderbedarf, die früher die Möglichkeit hatten, an der Martin-Luther-King-Schule mit dem Schwerpunkt Lernen eingeschult zu werden. Ebenso hat die Abschaffung der Sprachlernklassen gravierende Auswirkungen. Die Schulen sollen all diese Herausforderungen meistern, ohne zusätzlich benötigtes Personal. Zurecht fühlen sich die betroffenen Schulen alleingelassen und überfordert.

Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns ein bedarfsgerechtes und individuelles Angebot für alle Kinder. Das heißt, dass Kinder mit Förderbedarf, Kinder mit Migrationshintergrund, Inklusionskinder und leistungsstarke Kinder in gleichem Maße gefördert und gefordert werden müssen – mit entsprechendem Personal und einer guten Ausstattung. Wir können in unserer Stadt weiterhin den Mangel beklagen oder kreative Ideen entwickeln, wie die Schulen in einigen Bereichen entlastet werden könnten und welche Personen die Kinder zumindest im Spracherwerb unterstützen könnten, ohne dem Lehrpersonal anzugehören. Selbst eine Prüfung möglicher Maßnahmen wurde seitens der Verwaltung und der Mehrheit des Rates abgelehnt – ohne eigene Alternativen vorzulegen.

Das Jahr 2025 hat gezeigt, wie bedeutend schulpolitische Entscheidungen für das gesellschaftliche Miteinander in unserer Stadt sind. Die CDU wird sich auch weiterhin mit aller Kraft für eine starke, vielfältige und zukunftsfähige Schullandschaft in Göttingen einsetzen, in deren Mittelpunkt das Wohl der Schülerinnen und Schüler steht.

Hannes Hasper

Für ein starkes Göttingen

Im August stand für unsere Fraktion wieder einmal ein besonderes Highlight auf dem Programm. Bei unserem Sommerempfang im Deutschen Theater Göttingen durften wir in diesem Jahr Sebastian Lechner, den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag und der CDU in Niedersachsen, als unseren Ehrengast und Hauptredner begrüßen.

Mit dem Thema „Starke Kommunen für ein starkes Niedersachsen“ knüpften wir an ein für uns besonders wichtiges Anliegen an – die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen und die ungleiche Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Bereits in unserer Resolution „Starke Kommunen für Deutschland“, die wir in der Ratssitzung am 14. Februar eingebracht haben, haben wir auf diese Problematik aufmerksam gemacht.

Die ungleiche Aufgabenverteilung zu Lasten der Kommunen führt zu einer strukturell zunehmenden Unterfinanzierung, die sich insbesondere auch bei uns in Göttingen bemerkbar macht. Bund und Länder übertragen den Kommunen immer neue Aufgaben – oft ohne ausreichende oder klar geregelte finanzielle Mittel.

Hannes Hasper

Bei unserem Sommerempfang betonte Sebastian Lechner, dass starke Kommunen die Grundlage eines funktionierenden Landes sind. Im Falle einer möglichen, von der CDU geführten Landesregierung versprach er mehr Eigenständigkeit, Entscheidungsspielräume und eine faire finanzielle Ausstattung für Städte, Gemeinden und Landkreise. Zentrale Leitlinie ist dabei das Konnexitätsprinzip – wer den Kommunen Aufgaben überträgt, muss diese auch vollständig finanzieren.

Hannes Hasper

Um die kommunale Handlungsfähigkeit zu sichern, wollen Sebastian Lechner und die niedersächsische CDU den kommunalen Finanzausgleich stärken und die Bereitstellung von Fördermitteln unbürokratischer gestalten. Kommunen sollen künftig mehr Freiräume bei Investitionen und Verwaltung erhalten, statt durch komplizierte Förderprogramme eingeschränkt zu werden. Zudem soll die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen gerechter gestaltet werden, indem neue Pflichten nur mit gesicherter Finanzierung einhergehen.

Insgesamt strebt die CDU in Niedersachsen eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung an – mit klarer Verantwortung, ausreichenden Mitteln und weniger Eingriffen „von oben“, erklärte Lechner abschließend in seiner Rede.

Wer die Zukunft unseres Landes gestalten will, muss die Kommunen stärken – denn hier vor Ort beginnt jedes gute Stück Politik.

Dr. Ehsan Kangarani, Bürgermeister

Viele der bei unserem Empfang angesprochenen Punkte werden uns und unsere Arbeit im Rat der Stadt Göttingen auch in Zukunft begleiten. Insgesamt war es mit über 150 Gästen aus Politik, – darunter unser Bundestagsabgeordneter Fritz Güntzler – Kultur, Wirtschaft und Ehrenamt eine gelungene Veranstaltung mit vielen interessanten Gesprächen über die wichtigsten Themen unserer Stadt. Ein herzliches Dankeschön an unsere Gäste und alle Beteiligten.

Hannes Hasper

Ausbau und Zukunft des Sports

In Göttingen gibt es ein breites und lebendiges Sportangebot. Rund 200 verschiedene Sportarten werden in den zahlreichen Vereinen der Stadt betrieben – von klassischen Ballsportarten wie Basketball, Fußball oder Handball über Leichtathletik und Schwimmen bis hin zu modernen Trendsportarten wie Roundnet oder Parkour. Damit bietet Göttingen allen Generationen vielfältige Möglichkeiten, aktiv zu sein, Gemeinschaft zu erleben und sich fit zu halten.

Für den Vereinssport sind zwei Dinge besonders wichtig: qualifizierte Trainerinnen und Trainer beziehungsweise Übungsleitende, die ihr Wissen weitergeben, und eine passende Infrastruktur – also Sporthallen, Sportplätze, Schwimmbäder, Wasserflächen oder Laufstrecken. Viele dieser Einrichtungen stehen auch für den vereinsungebundenen Freizeitsport zur Verfügung und leisten damit einen wertvollen Beitrag für Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Hannes Hasper

Sport hält Göttingen zusammen. Darum stärken wir Vereine, Ehrenamt und Infrastruktur

Christian Zigenhorn, Mitglied des Sportausschusses

Um die Arbeit der Sportvereine zu stärken, wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen, die städtische Förderung von derzeit 831.000 Euro (2024) auf 916.000 Euro im Jahr 2025 anzuheben. Die zusätzlichen 85.000 Euro pro Jahr sind vor allem für die Ausbildung von Übungsleitenden sowie für Zuschüsse zu den Übungsleiterpauschalen vorgesehen, die die Vereine an ihre Ehrenamtlichen zahlen. Vereine, die eigene Sportstätten unterhalten, können darüber hinaus Fördermittel aus dem städtischen Haushalt beantragen.

Die meisten Sportstätten in Göttingen werden von der Göttinger Sport und Freizeit GmbH (GöSF) betrieben. Sie unterhält unter anderem das Badeparadies Eiswiese, drei Freibäder, mehrere Sport- und Turnhallen, das Jahnstadion sowie weitere Anlagen in der Stadt. Auch die neu eröffnete Parkour-Anlage am Jahnstadion gehört dazu.

Neben dem Betrieb der Anlagen organisiert die GöSF

Hannes Hasper

zudem große Sportveranstaltungen wie das Jedermann-Radrennen Tour d'Energie oder den Volkstriathlon, die weit über Göttingen hinaus bekannt sind.

Das Finanzierungsmodell der GöSF geht auf ihre Gründung vor rund 25 Jahren zurück: Zur Deckung der Betriebskosten erhielt die Gesellschaft damals die städtischen Anteile an der EAM, deren Gewinnausschüttungen zur Finanzierung der Sportinfrastruktur genutzt werden sollten. Inzwischen stößt dieses Modell jedoch an seine Grenzen. Während die Gewinnausschüttungen stagnieren oder leicht zurückgehen, steigen insbesondere Energie- und Personalkosten deutlich an. Der Jahresabschluss 2024 weist daher ein Defizit von rund einer Million Euro aus.

Damit das breite Sportangebot der GöSF dauerhaft erhalten bleibt, wird es künftig notwendig sein, die Gesellschaft regelmäßig durch einen städtischen Zuschuss zu unterstützen. So können sowohl der laufende Betrieb als auch notwendige Sanierungen finanziell abgesichert werden. In der Ratssitzung im November haben wir beschlossen, der GöSF einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von bis zu einer Millionen Euro sowie Investitionskostenzuschüsse zu zahlen.

Zusätzlich eröffnet das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten" neue Chancen für Göttingen. Für die erste Förderperiode stehen deutschlandweit 333 Millionen Euro zur Verfügung. Die Stadt plant, sich mit der Bezirkssportanlage Maschpark um eine Förderung zu bewerben. Von allen Sportanlagen Göttingens ist der Maschpark in seiner Planung bereits am weitesten fortgeschritten und erfüllt damit die Anforderungen des Bundesprogramms. Durch seine zentrale Lage und moderne Konzeption bietet er zudem besondere Potenziale für die zukünftige Sportentwicklung in Göttingen. Kommunen in Haushaltsnotlage können bis zu 75 Prozent der Kosten über das Programm finanzieren – eine wichtige Chance, um die Sportinfrastruktur nachhaltig zu stärken.

Hannes Hasper

Finanznot in Göttingen

Betrug das planerische Defizit im städtischen Haushalt vor einigen Monaten noch rund 50 Millionen Euro, wird das Loch in der Stadtkasse derweilen auf 92 Millionen Euro prognostiziert.

Damit ist Göttingen in unserem Bundesland bei weitem nicht allein. Im vergangenen Jahr gaben die niedersächsischen Kommunen 4 Milliarden Euro mehr aus, als sie einnahmen. Insgesamt lasten bereits jetzt 15 Milliarden Euro Schulden auf den kommunalen Haushalten, hinzu kommen 2,3 Milliarden Euro Kassenkredite – der Landesrechnungshof spricht vom schlechtesten Finanzergebnis der letzten fünf Jahre. Das ist nicht mehr nur ein Warnsignal, wir haben es mit einer fundamentalen Krise der Kommunalfinanzen zu tun.

Man ist geneigt, die allgemein eher angespannte Wirtschaftslage in Land und Bundesrepublik als alleinigen Verursacher dieser Zahlen zu benennen, aber das wäre nur die halbe Wahrheit. Das Land und allen voran die Rot-Grüne Landesregierung unter SPD-Ministerpräsident Olaf Lies scheinen die Not, in der sich unsere Landkreise, Städte und Gemeinden befinden, nicht zu sehen. Ständig neue Aufgaben, die von Landesseite auf die Kommunen übertragen werden, für die es aber keine Gegenfinanzierung gibt, be- und überlasten städtische Haushalte.

Hannes Hasper

Beitragsfreie Kita, Ganztag, Jugendhilfe, Krankenhausfinanzierung, Digitalisierung, Klimaschutz, Katastrophenschutz – jedes Thema für sich genommen wichtig. Alles zusammen und auf einmal? Zu viel. Das altbekannte Kredo „Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen“ ist scheinbar völlig in Vergessenheit geraten.

Mit Bekanntgabe des zunächst 50 Millionen, jetzt 92 Millionen Euro-Defizits im städtischen Haushalt wurde von Ratspolitik und Verwaltung ein Haushaltssicherungskonzept erarbeitet, mit dem jeder Haushaltsposten und jede Ausgabe auf Herz und Nieren überprüft und Einsparungspotenziale identifiziert wurden.

Sparen ist gerade in Zeiten, in denen vieles teurer wird, eine enorme Herausforderung. Was kann eingespart werden, was wird benötigt, wo würden Einsparungen zu Folgekosten führen? Als CDU-Ratsfraktion haben wir uns intensiv mit diesen Fragen beschäftigt und gemeinsam mit den anderen Fraktionen im Rat ein Gesamtpaket, das Haushaltssicherungskonzept, geschnürt.

Dieses Haushaltssicherungskonzept ist von städtischer Seite Antwort auf und Leitfaden durch eine Krise, die Göttingen auch in den nächsten Jahren noch begleiten wird. Dass sich aus diesem Konzept auch Entscheidungen ableiten müssen, die unliebsam sein mögen, ergibt sich aus der Sache. Trotzdem wäre es wichtig gewesen, sie dennoch zu treffen und festgefahrene politische Glaubenssätze für einen Moment zu vernachlässigen.

Als konkretes Beispiel kann ich klar die Kündigung der Heranziehungsvereinbarung des Jobcenters mit dem Landkreis Göttingen benennen. Dass das Jobcenter für den Landkreis (Göttingen ist kreisangehörig, nicht kreisfrei) bei der Stadt Göttingen liegt ist eine freiwillige Leistungsübernahme. Eine Aufkündigung der Vereinbarung hätte langfristiges Einsparpotenzial in Millionenhöhe. Leider konnte im Rat keine Mehrheit für diesen großen Punkt des HSK gefunden werden.

Gerne hätten wir als Union den Haushalt mit dieser großen Maßnahme massiv entlastet, der politische Wille für diesen Schritt war bei den anderen großen Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen jedoch nicht da.

Der Wegfall des größten Punktes für Einsparungen im HSK darf nun aber nicht zum Nachteil der Göttingerinnen und Göttinger sein. Oberstes Gebot für uns als Union: Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht noch weiter belastet werden. Von diesem Grundsatz werden wir auch in Zukunft nicht abweichen und so bleiben wir bei unserer strikten Ablehnung von Verpackungs- und Bettensteuer.

92 Millionen Euro als Fehlbetrag im städtischen Haushalt zu haben ist eine enorme Herausforderung und eine Kraftprobe für Verwaltung, Politik und Bürgerinnen und Bürger.

Wer den Kommunen ständig neue Pflichten auferlegt, ohne sie zu finanzieren, spart nicht – er verschiebt nur die Krise

Carina Hermann, Vorsitzende des Finanzausschusses

Nachhaltig planen, mutig gestalten – Interview mit Dr. Ehsan Kangarani

Herr Dr. Kangarani, Sie sind auch baupolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion. Das Jahr 2025 war in Sachen Bauen und Planen sehr ereignisreich. Welche Beschlüsse und Entwicklungen waren für Sie besonders prägend?

Besonders hervorheben möchte ich die Weiterentwicklung des Greitweg Nord zu einem modernen Gewerbegebiet. Unser Ziel muss es sein, dort nachhaltige bauliche Rahmenbedingungen zu schaffen und klimafreundliche Unternehmen gezielt zu fördern. Dabei legen wir großen Wert auf Ressourceneffizienz und den Erhalt der Kaltluftschneise. Diese Kombination aus Wirtschaftsförderung und Klimaschutz zeigt, wie wir Stadtentwicklung zukunftsorientiert denken. Vor dem Hintergrund der Finanzlage der Stadt müssen wir nämlich die wenigen zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen in Göttingen sinnvoll nutzen. Dabei muss aber auch stets darauf geachtet werden, dass die in der Nähe von Gewerbegebieten lebenden Menschen in ihrer Lebensführung und -qualität nicht eingeschränkt werden.

Ein sensibles Thema war der Abstand von Windrädern zur Wohnbebauung. Wie ist der Bauausschuss damit umgegangen?

Der Ausschuss hat mehrheitlich entschieden, dass künftig ein Mindestabstand von 800 Metern zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung gelten soll. Das ist ein Kompromiss zwischen dem Interesse an der Erzeugung erneuerbarer Energien vor Ort und dem berechtigten Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner. Diskutiert wurden nämlich auch deutlich niedrigere Abstände.

Wir wollen die Energiewende, aber mit Augenmaß sowie Rücksicht auf die Lebensqualität und die Sorgen der Menschen. Und was nicht passieren darf, ist, dass wenige Ortsteile oder gar ein Ortsteil langfristig allein die Verantwortung hierfür tragen bzw. trägt. Schließlich muss klar sein, dass die erzielten Gewinne – und darum muss es letztlich auch gehen – den betroffenen Ortschaften jedenfalls zum Teil zur eigenen Weiterentwicklung zukommen müssen.

Im Frühjahr standen zudem einige konkrete Bauvorhaben auf der Tagesordnung – etwa das Feuerwehrhaus in Hetjershausen/Groß Ellershausen oder die Planung für einzelne Gymnasien.

Ja, das waren wichtige Beschlüsse. Mit dem neuen Feuerwehrhaus schaffen wir Sicherheit und zeitgemäße Arbeitsbedingungen für unsere ehrenamtlichen Einsatzkräfte. Beide Feuerwehren unter einem Dach schaffen Synergien, die allen Bürgerinnen und Bürgern bei der effektiven Bekämpfung von Gefahren zugutekommen. Die Einsatzstärken und -fähigkeiten der jeweiligen Feuerwehren werden hierdurch nicht beeinträchtigt. Ganz im Gegenteil: Ich bin der festen Überzeugung, dass eine moderne, gemeinsam geführte Einsatzzentrale für alle Vorteile bietet.

Beim Hainberggymnasium wird der Ersatzneubau aktiv vorangetrieben, um den Schülerinnen und Schülern bald ein modernes Lernumfeld bieten zu können. Ebenso schreiten die Baumaßnahmen am Otto-Hahn-Gymnasium mit großen Schritten voran. Im März haben wir außerdem den Bebauungsplan Weender Tor West nach intensiver Bür-

gerbeteiligung geändert – auf Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger sowie der Politik wurde ein Stockwerk bei den Planungen gestrichen.

Stichwort Bürgerbeteiligung – die spielt auch bei der Neugestaltung der Weender Straße Mitte und des Jacobikirchhofs eine Rolle, richtig?

Absolut. Wir haben die Vorentwurfsplanung vorgestellt und die Öffentlichkeit aktiv einbezogen. Im November wurde die Projektfortführung – was das Stadtbild in der Mitte Göttingens nachhaltig prägen wird – beschlossen, wobei Haushaltsmittel in nächster Zeit dafür nicht bereitstehen. Ziel muss es sein, und darauf hat die Politik geschlossen gedrungen, den alten Baumbestand so gut wie möglich zu erhalten.

Gab es auch schwierige Entscheidungen?

Leider ja. Die Aufhebung des Vergabeverfahrens zur ehemaligen JVA hat uns meiner Meinung nach zeitlich zurückgeworfen. Aus solchen Situationen müssen auch wir in der Politik für die Zukunft lernen. Die Realisierung guter und sinnvoller Ideen, die unserer Stadtgesellschaft insgesamt zugutekommen können, dürfen wir nicht wegen Unentschlossenheit oder durch Zeitablauf riskieren.

Ein kulturelles Highlight war sicher auch die Entscheidung zur Sanierung des Deutschen Theaters.

Das stimmt. Einstimmig haben wir in der Politik beschlossen, dass die Planungen zur Sanierung bzw. Erneuerung des Gebäudes des Deutschen Theaters vorangetrieben werden. Neben dem kulturellen Wert achten wir auch auf Arbeitsschutz und Brandschutz. Wir wollen bei den Sanierungsvarianten und Kostenkalkulationen eine fundierte Entscheidung für die Zukunft dieses zentralen Kulturorts treffen. Die angesetzten Kosten werden wir uns jedoch ohne die Inpflichtnahme von Land und Bund nicht leisten können. Bereits jetzt große Fortschritte macht die Sanierung des Otfried-Müller-Hauses (OMH), der Spielstätte des Jungen Theaters Göttingen.

Was ist für Sie im Jahr 2026 in Sachen Bau wichtig?

Wir müssen weiterhin daran arbeiten, dass der Druck vom Wohnungsmarkt genommen wird. Das gelingt nur, indem wir die Wohnbauplanungen weiter vorantreiben und neue Gebiete planen. Nur so können wir auf den Mietendeckel einwirken. Damit einher geht insgesamt die Beschleunigung von Bauvorhaben und der Abbau bürokratischer Hürden. Zudem bleiben wir an der konsequenten Sanierung unserer Schulen dran. Schließlich müssen wir als Politik das Vertrauen und die Unterstützung der Menschen für die Ausweisung und Errichtung neuer Gewerbegebiete gewinnen.

Interview: Hannes Hasper

Impressum

CDU-Ratsfraktion Göttingen
Vorsitz: Olaf Feuerstein
Geschäftsführer: Hannes Hasper

Neues Rathaus
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen

0551 400 2215
cdu-fraktion@goettingen.de

www.cdu-goettingen.de
facebook.com/cdugoe
instagram.com/cdugoettingen

Redaktionelle Arbeit:
Olaf Feuerstein, Wibke Güntzler, Alexa Brauer, Carina Hermann, Dr. Ehsan Kangarani, Karin Limbach, Christian Zigenhorn, Hannes Hasper, Simon Haase

Gestaltung Layout:
Hannes Hasper

Bildnachweise:
Hannes Hasper, Benedict Eberwien, Mirco Plha

Veröffentlichung: 11/2025
Auflage: 35.620 Stück

Verteilung an alle Haushalte mit Tagespost.

Die Fraktion

Olaf Feuerstein
Vorsitzender
Ausschüsse: Bauen, Umlegung

Wibke Güntzler
Stv. Vorsitzende
Ausschüsse: Kultur, Schule, Verwaltung

Marcel Pache
Stv. Vorsitzender
Ausschüsse: Feuerwehr, Umwelt, Verwaltung

Hans Otto Arnold
Ausschüsse: Bauen, Personal

Alexa Brauer
Ausschüsse: Kultur, Umwelt

Carina Hermann
Stv. Ratsvorsitzende
Ausschüsse: Finanzen, Feuerwehr

Dr. Ehsan Kangarani
Bürgermeister
Ausschüsse: Bauen, Finanzen, Verwaltung

Karin Limbach
Ausschüsse: Schule, Sport

Mareike Mecke
Ausschüsse: Personal, Jugendhilfe

Sven Müller
Ausschüsse: Soziales

Mehmet Tugcu
Ausschüsse: Soziales

Christian Zigenhorn
Ausschüsse: Sport

Hannes Hasper
Geschäftsführer

Simon Haase
Geschäftsstelle

Göttingen voranbringen